

(CDU), Berkhan (SPD), sondern auch Repräsentanten der Bundeswehr wie General de Maizière und Landespolitiker wie H. Koschnik (Bremen), Dr. Weber (Braunschweig), Senator K. Eggers und Ministerpräsident H. Kühn (NRW). Unternehmerverbände beteiligten sich u.a. durch Dr. Losacker (Deutsches Industrieinstitut) und Alexander Menne (Vorstand des BDI, Hoechstwerke).

Der bedeutendste Besucher ist ohne Zweifel Dr. H.J. Abs. Wie DIE ZEIT berichtet, bekommen "offizielle Indonesier (...) glänzende Augen ...", wenn sein Name bloß erwähnt wird. "Schon die Möglichkeit eines solchen Besuches läßt die Indonesier hoffen, daß auch endlich deutsches Kapital nach Indonesien fließen wird." Denn "... auf der Grundlage eines Abs-Gutachtens wurden Indonesiens Schulden umgeschuldet, die Bundesrepublik ging allen Gläubigern (Indonesiens) mit gutem Beispiel voran ..." (11) Das Hoffen auf Abs scheint gerechtfertigt angesichts der Tatsache, daß der mächtige Vorstandssprecher der Deutschen Bank im Aufsichtsrat von folgenden am Indonesiengeschäft interessierten Firmen sitzt: Shell, Siemens, Daimler-Benz, KHD, BASF, Lufthansa, Phoenix Gummi und Deutsch-Asiatische Bank. Inwieweit die Informationspolitik

der westdeutschen Massenmedien über Indonesien, in der ständig die Rede ist von "wirtschaftlicher Stabilität", "klug gelenkter Wirtschaftspolitik" und "Indonesiens unbegrenzten Reichtümern", mit den Interessen oben angelegter Wirtschaftskreise zusammenhängt, zeigen folgende Vorfälle: Aufgrund einiger Sendungen westdeutscher Rundfunkanstalten im letzten Jahr, in denen die politische Lage in Indonesien und die Rolle verschiedener Interessengruppen der BRD in diesem Lande kritisch beleuchtet wurde, erfolgten regelrechte Interventionsmaßnahmen der erwähnten Gruppen. Es wurde ein Fall bekannt, in dem H. J. Abs einem bekannten Rundfunkintendanten sogar den Rechtsweg androhte, falls die Sendung nicht dementiert und keine Gelegenheit zur Gegendarstellung geboten würde. Unnötig zu erwähnen, daß der mächtige Bankier Gelegenheit zur Richtigstellung bekam, deren Dauer die der umstrittenen Sendung um ein sechsfaches übertraf.

An der "konzentrierten Aktion", die Massenmedien von Indonesien-kritischen Sendungen freizuhalten, beteiligte sich sogar der DGB-Hauptvorstand. Über seinen Vertreter bei der Friedrich-Ebert-Stiftung in Jarkarta, W. Böhm (Reserveoffizier, ehemaliges Ostbüro der

SPD), ebenfalls ein hartnäckiger Bewunderer des Suharto-Regimes, wurde versucht, einer Analyse über die Lage Indonesiens in einer gewerkschaftseigenen Zeitschrift entgegenzuwirken. Ob diese Bemühungen zur darauffolgenden Entlassung des zuständigen Hauptredakteurs geführt haben, ist bis heute noch nicht geklärt worden.

#### Arbeitskollektiv BRD

Der Artikel erschien erstmalig in der Südostasien Korrespondenz Nr. 2, Juli 1971, S. 9-11.

#### Anmerkungen:

- 1) Satzung der DIG Köln 1954
- 2) Brief des AA an den AK Indonesien Köln vom 12.2.1970
- 3) Brief von Dr. Weber an Amnesty International vom 10.3.1969
- 4) Der Spiegel vom 7.6.1971, S. 102
- 5) H. Zolling und H. Höne, "Pullach intern, die Geschichte des Bundesnachrichtendienstes" in: Der Spiegel, Folge vom 3.3.1971, S. 68
- 6) ebenda, Folge vom 31.5.1971, S. 110
- 7) Brief von Dr. Weber an Amnesty International vom 10.3.1969
- 8) Der Spiegel vom 7.6.1971, S. 102
- 9) Vgl. Handelsblatt vom 23.1.1970
- 10) Vgl. Berichterstattung der bürgerlichen Presse zum Suharto-Besuch
- 11) Die Zeit vom 4.6.1971

## Vorgestellt: Sri Bintang Pamungkas

Am 29. August 1996 bestätigte das Verwaltungsgericht Jakarta in zweiter Instanz das Urteil vom Mai gegen Dr. Sri Bintang Pamungkas, dem damit in Kürze eine 34-monatige Haftstrafe droht. Das Urteil blieb damit nur wenig unter dem von Staatsanwalt Sitinjak geforderten Strafmaß von vier Jahren.

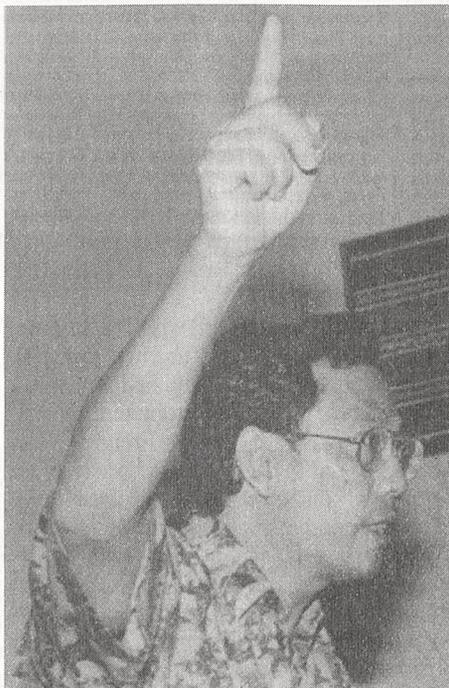
Zugestellt wurde das Verwaltungsgerichtsurteil, daß das Datum vom 24. Oktober trägt, Dr. Pamungkas erst im November nach Abschluß des Staatsbesuchs von Bundeskanzler Kohl, der sich vom 26. bis 28. Oktober in Indonesien befand.

Der Prozeß gegen Dr. Sri Bintang Pamungkas, der im In- und Ausland mit großem Interesse verfolgt wurde, verletzte grundlegende Regeln der Rechtsstaatlichkeit. So waren Belastungszeugen auf Kosten der Staatsanwaltschaft aus Berlin eingeflogen worden, während das Erscheinen von Entlastungszeugen massiv behindert wurde und in einem Fall sogar erst nach Rücksprache mit dem indonesischen Außenminister Ali Alatas möglich war.

Der Prozeß wurde dabei über Monate hinweg von Demonstrationen gewaltbereiter Jugendlicher begleitet, die die Verurteilung Dr. Pamungkas forderten, während der Gerichtssaal die große Anzahl an Unterstützern nicht fassen konnte.

Der frühere Parlamentsabgeordnete der Vereinigten Entwicklungspartei (PPP) war angeklagt worden, während eines

Vortrages an der TU Berlin am 9. April 1995 "beleidigende Äußerungen gegen das Staatsoberhaupt Präsident Suharto" gemacht zu haben. Weitere Vorwürfe der Anklagebehörde, Dr. Pamungkas habe an zwei, parallel zur Hannovermesse, bei der Indonesien im letzten Jahr Partnerland war, stattfindenden Demonstrationen in Deutschland mitgewirkt, hatten



Sri Bintang Pamungkas aus: FK v. 30.3.95, S. 92

sich dagegen als nicht haltbar erwiesen.

Der couragierte ehemalige Parlamentarier war in den obersten indonesischen Kreisen schon früher unangenehm aufgefallen. So hatte er z.B. im Mai 1994, auf dem Höhepunkt eines Skandals über den Mißbrauch von Staatsbankkrediten durch 37 große Konglomerate, in einem Vortrag eine Firma angeprangert, die über den indonesischen Informationsminister Harmoko auch eng mit der Suharto-Familie verbunden ist. Der Fall war damals nicht weiterverfolgt worden.

Nur drei Wochen nach seiner Verurteilung in erster Instanz, im Mai 1996, und nach seinem Ausschluß aus dem Parlament gründete Dr. Pamungkas eine eigene politische Partei, die Vereinigte Demokratische Partei Indonesiens (PUDI), um die seit Anfang der 70er Jahre auf drei zugelassene Parteien beschränkte Parteienlandschaft aufzubrechen und damit ein deutliches Zeichen zu setzen.

Am vergangenen 10. Oktober erklärte er sich außerdem zum Präsidentschaftskandidaten, um gegen die fortdauernde Alleinkandidatur Präsident Suhartos zu protestieren.

Michaela Müller

Die Autorin hat Südostasienwissenschaften studiert und macht zur Zeit den Aufbaustudiengang Internationale Humanitäre Hilfe in Bochum.